

NEUDRUCK

Antrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen

Der Landtag möge beschließen:

Nach dem 3. Spitzentreffen von Repräsentanten der deutschen Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie und der polnischen Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) sowie Dolnośląskie (Niederschlesien) zur Oderpartnerschaft am 27. Oktober 2010 in Szczecin und dem Treffen des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landtages mit dem Ausschuss für Beziehungen zum Ausland und Öffentlichkeitsarbeit des Sejmik der Woiwodschaft Lubuskie am 22. September 2010 in Potsdam

1. bekräftigt der Landtag die in seinem Beschluss „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten“ vom 21. Januar 2010 enthaltenen politischen Zielsetzungen und inhaltlichen Aufgaben für die Ausgestaltung der Oderpartnerschaft als einer spezifischen Form der Zusammenarbeit zwischen Akteuren in der Republik Polen und Bundesrepublik Deutschland;
2. erwartet der Landtag, dass die Landesregierung
 - ihre Ansätze für die inhaltliche Ausrichtung der Landespolitik in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur sowie Wissenschafts- und Forschungskooperation, einschließlich ihres Agierens gegenüber dem Bund, ausgehend von den Festlegungen auf dem Szczeciner Spitzentreffen weiter präzisiert;
 - die beteiligten westpolnischen Woiwodschaften - über die Planungen zu grenzüberschreitenden Programmen mit Lubuskie und Zachodniopomorskie hinaus – regelmäßig über den Stand der Vorbereitung Brandenburgs auf die Förderperiode der Europäischen Union ab 2014 informiert, Vorschläge der Partner in die eigenen Planungen einbezieht und – soweit es gemeinsame Interessen gibt – diese gemeinsam in Brüssel sowie gegenüber den nationalen Regierungen vertritt;
 - den erreichten Stand der Kooperation mit Woiwodschaft Lubuskie, mit der Brandenburg durch eine 144 km-lange Grenze verbunden ist, analysiert und – soweit erforderlich - Vorschläge für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsorganen der Woiwodschaft unterbreitet,
 - die Euroregionen rechtzeitig und umfassend in die Planung und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der Oderpartnerschaft einbezieht;
 - dem Landtag zu seinen Sitzungen im Mai 2011 einen Bericht zur Umsetzung des Beschlusses vom 21. Januar 2010 sowie der in diesem Beschluss enthaltenen Punkte vorlegt;
3. bittet der Landtag seine Fachausschüsse, die Kooperation der Länder und Woiwodschaften im Rahmen der Oderpartnerschaft in geeigneter Weise durch eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gremien der Landtage und Sejms zu begleiten.

Begründung:

Brandenburg und Berlin haben zusammen mit Woiwodschaften und Städten aus den Woiwodschaften Lubuskie, Zachodniopomorskie, Wielkopolskie sowie Dolnośląskie im April 2006 auf einer deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz die Initialzündung für die Gestaltung der Oderpartnerschaft gegeben. Am 27. Oktober haben sich Repräsentanten der heute an der Oderpartnerschaft beteiligten deutschen Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie der vier polnischen Woiwodschaften zu einem 3. Treffen zusammengefunden, auf dem es vor allem um die Themen Verkehrsinfrastruktur und Wissenschafts- und Forschungskooperation ging.

Der Landtag hat im Januar 2010 einstimmig den Antrag „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten“ zum Beschluss erhoben (5/281-B). Die darin enthaltenen Zielvorstellungen und Aufgaben haben auch vor dem Hintergrund des im Oktober stattgefundenen Spitzentreffens für die weitere Gestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen der Oderpartnerschaft erhebliche Bedeutung.

Zwischen dem Landtag Brandenburg und dem Parlament der Woiwodschaft Lubuskie, dem Sejmik gibt es seit mehr als 10 Jahren Partnerschaftsbeziehungen. Seitdem wurden wiederholt Delegationen in Potsdam bzw. Zielona Góra begrüßt. Nach einer ersten Zusammenkunft in der Woiwodschaft Lubuskie im April 2008 fand am 22. September 2010 in Brandenburg eine zweite gemeinsame Beratung des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landtages und des Partnerausschusses im Sejmik von Lubuskie, dem Ausschuss für Zusammenarbeit mit dem Ausland und Entwicklung der Woiwodschaft, statt. Die in dieser Beratung diskutierten Probleme fanden ihren Niederschlag im vorstehenden Antrag.

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE